

Antrag des Ausländerbeirates vom 21. Januar 2015 betr. Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung gegen Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit, radikalreligiöse Haltungen und Antisemitismus

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Ausländerbeirat

Postfach 11 10 61
64225 Darmstadt

Der Magistrat

Antrag auf Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung gegen Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit, radikalreligiöse Haltungen und Antisemitismus

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung steht für eine tolerante und offene Stadtgesellschaft, die jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung zurückweist. Angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen im Nahen Osten, in Europa und in Deutschland stellt sich die Stadtverordnetenversammlung klar gegen Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit, radikalreligiöse Haltungen und Antisemitismus. Die Stadtverordnetenversammlung versteht Integration als einen wechselseitigen Prozess und setzt sich für ein Miteinander ein, das von gegenseitigem Respekt und Empathie getragen ist.

Begründung

Die von der terroristischen Organisation „IS“ verübten Gräueltaten und die jüngsten Terroranschläge in Europa wecken Ängste und schüren Ressentiments in der Stadtgesellschaft.

- Die Stimmen derer, die „auch der Islam gehört zu Deutschland“ sagen und Brücken bauen wollen, werden immer leiser. Viele der hier lebenden Menschen bekennen sich zum Islam oder kommen aus islamisch geprägten Ländern und Regionen. Viele von ihnen fühlen sich abgelehnt oder stehen unter Rechtfertigungsdruck. Die weltpolitischen Ereignisse – vor allem im Nahen Osten – werfen ihre Schatten auch nach Europa und beeinflussen das soziale Leben in Deutschland und in Darmstadt.

- Bereits das Erscheinen der „HOGESA“ (Hooligans gegen Salafisten) hat gezeigt, wie der Rechtsextremismus den Islam für seine Zwecke missbraucht hat. Besorgniserregender findet der Ausländerbeirat Darmstadt jedoch die Bildung der sog. „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes - PEGIDA“. Die sich betont friedlich gebenden Demonstranten gehen in vielen Städten Deutschlands auf die Straße, um „gegen den Islam und für ein schärferes Asylrecht“ zu demonstrieren. Der Name der Bewegung ist ihr Programm: der Islam wird pauschal als eine Gefahr für Europa gesehen und abgelehnt.
- Beeinflusst von der medialen Präsenz der Ereignisse in Syrien und Irak sowie charismatischen Predigern hierzulande hat sich mittlerweile eine salafistische Szene auch im Rhein-Main-Gebiet etabliert. In Deutschland und in Europa hat sich unter muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die möglicherweise Diskriminierung erlebt haben, ein Radikalisierungsprozess in Gang gesetzt, der noch vor einigen Jahren nicht erwartet werden konnte.
- Im Sommer dieses Jahres wurden auf Anti-Israel-Kundgebungen von muslimischen Gruppen in Darmstadt eindeutig antisemitische Parolen skandiert. Parolen wie „Juden ins Gas“ sind in keiner Weise tolerierbar! Die Bekämpfung von Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen und Erwachsenen muss als eine gesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden. Unter dem Deckmantel der Israelkritik dürfen keine Ressentiments und Vorurteile gegen Juden geschürt werden.

Es ist wichtig, dass die politischen Vertreterinnen und Vertreter Darmstadts gegen all diese gefährlichen und demokratiefeindlichen Entwicklungen Stellung beziehen und dadurch das klare Zeichen in die Stadtgesellschaft senden, dass jede Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weder heute noch in Zukunft in Darmstadt einen Platz haben.

Darmstadt, den 21.01.2015

Ibrahim Akbulut (Vorsitzender)

Eda Kurt (stellv. Vorsitzende)

Kadir Durmaz (stellv. Vorsitzender)

Imran Malik (stellv. Vorsitzender)

Burhan Parlak (stellv. Vorsitzender)